

Geschichtsphilosophischer Ballast und linke Realpolitik – Bemerkungen zur Rede von Gesine Löttsch über „Die Wege zum Kommunismus“

von Friedhelm Grützner

Ehrlich gesagt: Als ich die Tatarenmeldung in SPIEGEL-online las, dass unsere Vorsitzende Gesine Löttsch sich über „Wege zum Kommunismus“ verbreitet habe, musste ich erst einmal schlucken. Die Lektüre des vollständigen Textes in der „Jungen Welt“ relativierte dann diesen ersten Eindruck, denn insgesamt liefert Gesine Löttsch einen durchaus interessanten und auch selbstkritischen Problemaufriss, welcher sowohl die aktuelle Weltlage angesichts der immer noch nicht überwundenen Krise des Finanzmarktkapitalismus als auch die derzeitige Situation der LINKEN aufgreift. Hierbei rekurriert sie auf jene Schriften von Rosa Luxemburg, wo diese eine an den Sorgen und Nöten der Arbeiterklasse orientierte „revolutionäre Realpolitik“ einforderte, *„die deren Lage spürbar verbessern und zugleich zu einer strukturellen Veränderung der Eigentums- und Machtverhältnisse führen“* sollte. In diesem Sinne warnt Gesine Löttsch vor der in linken Kreisen ach so beliebten dogmatischen Rechthaberei. *„Viel zu lange stehen wir zusammen an Weggabelungen und streiten über den richtigen Weg, anstatt die verschiedensten Wege auszuprobieren. Zu lange laufen wir auf Wegen, obwohl wir ahnen oder gar wissen, dass sie nicht zum Ziel führen. Doch wir kehren nicht um, weil wir Angst vor denen haben, die immer noch diskutierend an der Weggabelung stehen und uns mit höhnischem Gelächter empfangen könnten. Wir müssen lernen, Sackgassen zu verlassen und sie nicht ambitioniert als Wege zum Kommunismus zu preisen.“*

Geradezu infam ist die Behauptung von Stefan Berg von SPIEGEL-online, bei Gesine Löttsch handele es sich um eine „geschulte Leninistin“, welche jetzt die Maske der Biedermeierin abwerfe und „Klartext rede“. Denn die Verfasserin beruft sich gerade auf jene antileninistischen Passagen von Rosa Luxemburg, welche in den 20er Jahren während des Bolschewisierungsprozesses der KPD dort zu einer Anti-Luxemburg-Kampagne führten, um die Partei von ihren (sozial)demokratischen Ursprüngen zu reinigen. *„Sie (Rosa Luxemburg F.G.) hatte keinen Masterplan und auch keine einfachen Antworten. Sie war auf der Suche, im Dialog mit anderen, zugleich außerordentlich ungeduldig und mahnend, sich nicht hinreißen zu lassen zu Terror und Sektierertum und doch entschieden zu wirken. Sozialismus war für sie kein fertiges Ideal, kein genial entworfener Bauplan, sondern etwas, das aus den realen Kämpfen wachsen würde. Sie schrieb in ihrer Auseinandersetzung mit Lenin und Trotzki: >Das Negative, den Abbau kann man dekretieren, den Aufbau, das Positive, nicht. Neuland. Tausend Probleme. Nur Erfahrung [ist] imstande, zu korrigieren und neue Wege zu eröffnen. Nur ungehemmtes, schäumendes Leben verfällt auf tausend neue Formen ... <“*

Allerdings stellt sich die Frage, ob Gesine Löttsch gut beraten war, ihren Beitrag ohne jede kritische Distanz mit „Wege zum Kommunismus“ zu betiteln. Denn irgendwie bilden all die Passagen, welche sich damit beschäftigen, im Text einen Fremdkörper und passen da nicht hinein. Ein vergesellschaftetes Banken- und Versicherungswesen ist mit einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung durchaus kompatibel. So hat die rechtskonservative Regierung Brüning in den frühen 30er Jahren während der Bankenkrise gefährdete Kreditinstitute verstaatlicht und deren Vorstände davongejagt, ohne dass der Kapitalismus in Deutschland zusammengebrochen wäre. Und inwieweit *„eine schnelle energetische Sanierung des Wohnungs- und Gebäudebestandes, um in den nächsten Jahrzehnten weitgehend CO2-neutrale Städte zu schaffen“*, uns dem Kommunismus

näher bringt, will mir auch nicht einleuchten. Selbiges trifft auf die Schaffung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors zu.

Bei der Verwendung politischer Begriffe sind stets ihr Entstehungskontext und die mit ihnen verbundenen historischen Erfahrungen zu berücksichtigen. Es ist zu fragen, ob diese Entstehungskontexte heute noch aktuell sind, und ob die mit ihnen verbundenen historischen Ereignisse eine bruchlose positive Anknüpfung erlauben. Auch Äußerungen von Rosa Luxemburg können nicht 1:1 zur Nutzenanwendung in das Jahr 2011 transportiert werden, sondern sind unter Beachtung des „Grabens der Geschichte“ (Gotthold Ephraim Lessing) nur in historisch gebrochener Weise für uns verwendbar.

Der Begriff des Kommunismus, so wie wir ihn kennen, entstammt den Diskussionen der europäischen sozialistischen Arbeiterbewegung und markierte die Zielprojektion einer Gesellschaft der Freien und Gleichen, welche gemeinschaftlich produzierend die bürgerlich-kapitalistische Individualwirtschaft überwindet und damit den durch die Dynamik der Produktivkräfte während der Industriellen Revolution ermöglichten und bis dahin unbekanntem Reichtum an Waren und Dienstleistungen allen Menschen zugute kommen lassen soll. Diese politische Zielprojektion war eschatologisch aufgeladen, wie es beispielsweise im sozialistischen Liedgut deutlich wird („ ... auf zum letzten Gefecht“, „ ... dann scheint die Sonn' ohn' Unterlass“, „ heilig die letzte Schlacht“). Zwar ist es richtig, wenn Joachim Bischoff u.a. in der aktuellen Auseinandersetzung ausführen, dass Marx und Engels den Kommunismus nie als idealistisches Wolkenkuckucksheim beschrieben haben („von der Utopie zur Wissenschaft“) und ihre diesbezüglichen Prognosen äußerst verhalten waren, aber die „vom Kopf auf die Füße gestellte“ hegelsche Geschichtsphilosophie mit ihrem heilsgeschichtlichen Ansatz, wonach die historische Dialektik aufhört, wenn der „Weltgeist zu sich selbst gekommen“ sei - wobei der „Weltgeist“ durch die „Entwicklung der Produktivkräfte“ ersetzt wurde -, verlieh auch bei ihnen der Zielprojektion des Kommunismus eine eschatologische Dimension.

Der eschatologische Gehalt der anzustrebenden kommunistischen Gesellschaftsordnung (die damalige Sozialdemokratie sprach recht naiv vom „Zukunftsstaat“) ist nur zu verstehen, wenn wir die Wissenschaftsgläubigkeit und den unbefangenen Geschichtsoptimismus des 19. Jahrhunderts in Rechnung stellen. Die Vorstellung, in der Geschichte quasi naturwissenschaftlich exakte „eiserne Gesetzmäßigkeiten“ feststellen zu können, die einen ständig steigenden Wohlstand und einen höheren Gesittungs- und Zivilisationsprozess der Menschheit herbeiführen, besaß eine lange aufklärerische Tradition, welche bürgerlichen Ursprungs ist. Der Marquis de Condorcet hat am Ausgang des 18. Jahrhunderts diese bürgerlich-aufklärerischen Geschichtsteologie vom wissenschaftlich induzierten immerwährenden Fortschritt im Bewusstsein der Freiheit beredt vertreten, obwohl er sich selbst zu dieser Zeit vor der jakobinischen Schreckensherrschaft auf der Flucht befand und ihn persönlich betreffend alle empirischen Befunde dagegen sprachen. Wie in so vielem ist die sozialistische Arbeiterbewegung auch hier der Erbe ursprünglich bürgerlicher Emanzipationsziele. Und bei allen historisch bedingten Irrtümern und Übertreibungen, die sich aus der Mixtur von naivem Fortschrittsoptimismus und ebenso naiver Wissenschaftsgläubigkeit ergaben, gehören die Kommunismusvorstellungen des 19. Jahrhunderts in den Kreis der damaligen Emanzipationskonzepte, denen man sich im Rückblick nicht zu schämen braucht.

Heute muten uns diese Dinge dagegen ziemlich fremd an. Die Barbareien des „Jahrhunderts der Extreme“ (Eric Hobsbawm) haben den aufklärerischen Geschichtsopti-

mismus widerlegt. Auch die Wissenschaften sind in ihren Wahrheitsansprüchen wesentlich vorsichtiger geworden – wenn wir mal von neoklassisch inspirierten Ökonomen absehen – und bieten sich nicht mehr als Sinnstifter und Alleserklärer an. Geschichtsphilosophien und historische Teleologien sind allgemein in Verruf geraten und stehen in Metaphysikverdacht. Der zuletzt von neoliberaler Seite unternommene Versuch, anknüpfend an Hegel im globalisierten Marktradikalismus „das Ende der Geschichte“ zu erblicken (Francis Fukuyama), ist empirisch gescheitert und wurde darüber hinaus von Historikern eh nie als wissenschaftlich seriös betrachtet. Angesichts dieses Befundes bilden die Passagen der Rede von Gesine Löttsch, wo sie sich über die „Wege zum Kommunismus“ äußert, einen anachronistischen Fremdkörper, welcher nichts erklärt. Und bezogen auf die dort sonst referierten Politikkonzepte sind sie strategisch bedeutungslos. Bedeutung gewinnen sie nur durch das negative Echo in der bürgerlichen Presse. Der Begriff „Kommunismus“ ist von seinem Entstehungskontext her mit heute obsoleten Geschichtsphilosophien imprägniert. Und solange eine tragfähige Neudefinition nicht existiert, welche diesen Ballast beiseite räumt, werden sich alle „Wege zum Kommunismus“ als Holzwege erweisen.

Aber es ist nicht nur der Entstehungskontext des Begriffs „Kommunismus“, welcher die entsprechenden Passagen der Rede von Gesine Löttsch fragwürdig macht. Denn jeder Begriff hat auch seine eigene Geschichte. Und man braucht nicht unbedingt das berühmte (und für einige berüchtigte) „Schwarzbuch“ zu bemühen, um festzustellen, dass die bisher beschrittenen „Wege zum Kommunismus“ sehr viel Leid über Menschen brachten. Ein Beitrag, welcher sich grundsätzlich positiv konnontiert über das Ziel des Kommunismus verbreitet (was immer auch konkret darunter verstanden wird), der aber die damit verbundenen Verbrechen nicht weiter reflektiert (im Text geht es ja eher um die manchmal recht unerquickliche Debattenkultur unter Sozialisten), wird bei Menschen, die entweder selbst unter den „Wegen zum Kommunismus“ gelitten haben oder ihre Liebsten verloren, hochgradig verletzend wirken. Da gab es bekennende Kommunisten, die sich wesentlich kritischer zur Geschichte ihrer politischen Heimat geäußert haben als Gesine Löttsch. Für Menschen im 19. Jahrhundert mögen Diskussionen über „Wege zum Kommunismus“ noch mit Emanzipationshoffnungen verbunden gewesen sein, „um uns aus dem Elend zu erlösen“. Aber durch die „kommunistische“ Praxis in der Sowjetunion und später in den realsozialistischen Ländern hat dieser Begriff seine Unschuld verloren. Und es gebietet die intellektuelle Redlichkeit, bei allen diesbezüglichen Diskussionen diese verlorene Unschuld reflexiv mit einzubringen. Auch wenn die Themenstellung nicht selbstgewählt war und durch den Veranstalter vorgegeben wurde, muss ich von einer aktiven Politikerin in hervorgehobener Position erwarten, dass sie die Worte sorgsam wägt und es vermeidet, der uns feindlich gesinnten bürgerlichen Öffentlichkeit „ins offene Messer zu laufen“ und ihr wohlfeiles Agitationsmaterial zu liefern

Wenn wir die inkriminierten Passagen mit dem Volltext vergleichen, dann stellt sich aus meiner Sicht hier ein typisches Symptom sozialistischer Politik ein, das existiert, seit es sozialistische Parteien gibt: „Große“ Worte und „kleine“ Taten. Man denkt unwillkürlich an den Spott über die Katholische Kirche, bei der die Grundsätze so hoch gehängt werden müssen, damit man bequem darunter hergehen kann. Was hatte die deutsche Sozialdemokratie alles in ihr Erfurter Grundsatzprogramm von 1891 geschrieben! Und als 1918 die politische Probe aufs Exempel gemacht wurde, da war die Sozialdemokratie nicht mal in der Lage, eine **bürgerliche** Revolution ordentlich zu Ende zu bringen. Unter

diesem Gesichtspunkt waren die Revisionismusdebatten der 1890er Jahre völlig überflüssige Veranstaltungen, wo ein Ebert und ein Noske brav mit der Mehrheit für die „reine Lehre“ und gegen den „Ketzler“ Bernstein stimmten, um dann später sich mit Hindenburg und Groener gegen die eigenen Leute zu verbünden (Ebert im Augenblick der Wahrheit: „Ich hasse die Revolution wie die Sünde!“). Ich befürchte, unsere Programmdiskussion und die dann später folgende politische Praxis könnte ähnliche Disharmonien aufweisen. Folglich wäre es aus meiner Sicht angezeigt, weniger mit verbalradikalen Statements sowie fragwürdiger Traditionspflege zu hantieren und sowohl programmatisch als auch praktisch eine „Politik der mittleren Reichweite“ zu betreiben, die sich zwar **regulativ** an einer Überwindung des kapitalistischen Systems orientiert, welche aber die „großen“ Worte und Erörterungen über „Wege zum Kommunismus“ vermeidet, dafür dann aber diese „Politik der mittleren Reichweite“ konsequenter umsetzt als dort, wo man in Regierungsverantwortung eingebunden ist oder diese anstrebt.